

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt: Tagesblatt Rieser,
Gernsgr. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rats der Stadt Rieser, des Rendantenamtes Rieser und des Hauptamtamtes Meissen, sowie des Gemeinderates Gräba.

Postfachkonto: Dresden 1888
Groschasse Rieser Nr. 82.

Nr. 276.

Dienstag, 28. November 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 250.— Mark ohne Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (8 Silben) 25.— Mark; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 6.— Mark. Feste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser.
Geschäftsstelle: Gostschstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Rieser; für Anzeigentel: Wilhelm Ditzsch, Rieser.

Freitag, den 1. Dezember 1922, vorm. 11 Uhr sollen im hiesigen Versteigerungsorte
3 Treibriemen, 2 1/2, 4 und 11 m lang, je 4 cm breit,
1 desal., 11 m lang, 5 1/2, cm breit,
öffentlich versteigert werden. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Rieser.

Die Briefverkaufspreise

für die nach dem 18. November 1922 vom Wert abgezogenen Niederlausitzer Hausbrand-
briefs sind auf 844 M. pro Str. ab Lager des Händlers festgesetzt worden.
Hierzu tritt ein weiterer Aufschlag von 8 M. pro Str. für Briefs, die auf Kohlen-
kartenabschnitte des Dezember und folgende Monate entnommen werden.
Die Kohlenkartenabschnitte auf Juli und August werden mit Ablauf des November
für verfallen erklärt.
Der Rat der Stadt Rieser, den 27. November 1922.

Viehählung.

Am 1. Dezember d. J. findet eine Viehählung statt, die sich auf Pferde, Maultiere,
Manesel, Esel, Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Federziege, Kaninchen und Bienenstöcke
erstreckt.
Die Aählung erfolgt durch Umfrage bei den einzelnen Viehhältern durch die hiesige
Schumannschaft mit Ausnahme der in der hiesigen Maul- und Klauenseuche
als Sperrgebiet erklärten Stadtteile. Den Hältern sind die erforderlichen Angaben voll-
ständig und wahrheitsgetreu zu machen.

Die offene Tür im Osten.

Der plötzliche Uebergang der Politik der Vereinigten
Staaten von dem Grundsatze der Nicht-Einmischung zu dem
Verlangen der offenen Tür hat in Lausanne auf allen Seiten
einen gewaltigen Eindruck gemacht. Bedeutet doch diese
Kundgebung des amerikanischen Vertreters praktisch eine
Unterstützung der Türkei gegenüber den britischen An-
sprüchen. Sie kommt letzten Endes auf die gleiche Forde-
rung heraus wie der russische Protest gegen die englische
Vorherrschaft an den Dardanellen. Wie Moskau die offene
Tür am Bosporus, so verlangt Amerika die offene Tür in
Mesopotamien. Beides aber trifft sich mit dem Verlangen
von Ankara, das weder die Verfügung über die Tür zur
Rechten noch über die zur Linken aus der Hand geben will.
Es ist in Lausanne also eine Art türkisch-russisch-amerikanischer
Zusammenarbeit in Vorbereitung. Auf der einen
Seite verliert England die Balkanstaaten, die neuerdings
wieder fast antürkisch orientiert sind, auf seine Seite zu
bringen und eine starke Mauer von der Türkei bis zum
Schwarzen Meer zu errichten, die einerseits gegen die Türkei
und andererseits gegen Russland ein Bollwerk bilden soll.
Durch das Eingreifen Amerikas ist die beabsichtigte Isoli-
erung der Türkei in Lausanne, an der auch Moskau
Bündnisgenossenschaft nicht viel hätte ändern können, zunächst
verletzt worden. Die Verhandlungen sind in eine Sack-
gasse geraten. Noch sind zwar die Aussichten, zu einem
Kompromisse zu gelangen, nicht völlig geschwunden. Ferner
es scheint vor allem bei den Türken ein lebhafter Wunsch
nach Frieden sich geltend zu machen. Aber so nachgiebig
sich die Türken bei der Festsetzung ihrer Forderungen in
Thrazien gezeigt haben, so hartnäckig beharren sie auf der
Rückgabe der Petroleumgebiete im Osten. Jedenfalls werden
die Verhandlungen sich noch recht lange hinziehen. Denn
zwischen dem amerikanisch-russischen Grundsatze der offenen
Tür und dem englischen Verstreben, vor jeder Tür ein eng-
lisches Gibraltar zu setzen, ist kaum ein Kompromisse zu
finden. Andererseits drängen die Franzosen nach Beendi-
gung der Louanner Konferenz, weil solange diese tagt, die
Vorbereitungen für Brüssel nicht begonnen werden können.
Der Streit um die Öffnung der beiden türkischen Türen
kann sich leicht zu einer politischen Weltkrise auswachsen.

Die Berichterstatter mehrerer Morgenblätter in Lausanne
glauben den Ausschlag der Entscheidung über die Grenzen der
asiatischen Türkei auf einen englisch-türkischen Streit
zurückführen zu können, der sich vorgerückt im Laufe einer
Unterhaltung zwischen Lord Curzon und Ahmet Vahid in
der Frage von Mosul herausgebildet habe. Der Korre-
spondent des „Zeitungsverleiher“ teilt mit, die türkischen For-
derungen seien von den Engländern als übertrieben be-
trachtet worden, umso mehr, als die Engländer erklärten, sie
befänden sich in Mosul auf Grund eines Mandats des
Völkerbundes und hätten infolgedessen freie Hand.

Das berichtet aus Lausanne, an unterrichteten Stellen
mird bestätigt, daß schon vor einiger Zeit über die Petro-
leumquellen von Mosul ein Abkommen zwischen den
Regierungen von Washington und London getroffen
worden sei.

Lord Curzon erklärte gestern, daß er die Auffassung der
Amerikaner in der Frage der Wirtschaftszone und der
Politik der offenen Tür teile. England sei zum Verzicht
auf den Vertrag von St. Remo vom Jahre 1920 bereit.
Man sieht in dieser Erklärung eine Antwort auf die An-
frage des Vorkämpfers der Türkei vom letzten Sonnabend
und ein Angebot für eine englisch-amerikanische Einigung in
der Konzeptionsfrage.

Wesensvertretern gegenüber erklärte Katowski, daß
Russland die gleichen Interessen wie die Türkei habe und
somit in der Grenzfrage wie in der Meerengenfrage und
in der Frage der Kapitalanlagen auf türkischer Seite stehe.
In Bezug auf die Beziehungen Russlands zu Italien er-
klärte Katowski, daß das Verhältnis zwischen beiden Län-
dern ausgezeichnet sei und daß Russland für die Zulassung
in allen Konferenzen Verhandlungen auf die Unterstützung
Italiens rechne. Die rumänischen Anschuldigungen über
angebliche Kriegsgelüste Russlands wies Katowski zurück,
da Russland schon durch Verminderung seines Heeres auf
die Hälfte den Beweis für seine friedliche Gesinnung er-
bracht habe.

Die „Chicago Tribune“ berichtet aus Ankara, die
Große Nationalversammlung stehe im Begriff, ein Gesetz
über den öffentlichen Unterricht vorzubereiten. Unter-
richtete Männer sollen sich für zwei Jahre als Schullehrer

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 8753 Mark.

in die Dörfer Anatoliens begeben. Der Unterrichtsminister
habe in der Nationalversammlung erklärt, in den etwa
50000 Dörfern Anatoliens müßten mindestens 30000 neue
Schulen eröffnet werden.

Eine Mitteilung der neuen Regierung an die Reparationskommission.

Der Vorsitzende der Deutschen Kriegskostenkommission
in Paris, Staatssekretär Fischer, hat auf Anweisung der
deutschen Regierung gestern mittag der Reparations-
kommission offiziell mitgeteilt, daß die neue Regierung
entsprechend der Erklärung des Herrn Reichskanzlers am
24. November ohne Einschränkung auf den Boden der Note
vom 14. November 1922 tritt und fest entschlossen ist, das
in ihr enthaltene Programm in vollem Umfang zu ver-
treten und zur Durchführung zu bringen. Die Regierung
hat damit unter Hinweis auf die wirtschaftliche und
finanzielle Lage Deutschlands die Bitte verbunden, den in
der Note vom 14. November angelegten Vorschlägen mit mög-
lichster Beschleunigung stattzugeben.

Die Havas berichtet, daß gestern vormittag in Paris
unter dem Vorsitz Willenands eine wichtige Konferenz
stattgefunden, an der teilgenommen haben: Der Minister-
präsident Poincaré, Marschall Foch, Kriegsminister Maginot,
Finanzminister de Lasteyrie, der Minister für die besetzten
Gebiete und der französische Delegierte bei der Reparations-
kommission Barthou.

Eine Havasnote über Deutschland.

Havas veröffentlicht eine umfangreiche offizielle Er-
klärung der französischen Regierung auf die von WTB
veröffentlichte Nichtfeststellung der verschiedenen Behauptungen
des französischen Ministerpräsidenten Poincaré in der fran-
zösischen Kammer. Die Erklärung beschäftigt sich in erster
Linie mit der Frage der Zahl der deutschen Beamten.
Diese betrage allein in der preussischen Verwaltung
80277 Personen mehr als am 1. April 1914. Außerdem
reduzierte sich die Behauptung, daß Deutschland die
Beamtensgehälter erhöhe ohne gleichzeitige entsprechende
Erhöhung der Steuern. Was die Ein- und Ausfuhr an-
betrifft, sei zu bemerken, daß die deutsche Statistik über den
auswärtigen Handel seit dem Kriege es regelmäßig ver-
sumt habe, eine Bilanz zu ziehen. Die Note stellt schließlich
die Behauptung auf, Deutschland habe nicht für
41 Milliarden Goldmark Zahlungen geleistet, sondern diese
Zahlungen hätten bis zum 30. April nur die Summe von
ungefähr 8 Milliarden erreicht. Aber man müsse gerechter-
weise dieser Summe, die Deutschland effektiv geleistet habe,
den Wert der beizulagerten deutschen Güter in den
alliierten Ländern hinzurechnen. Ferner müsse man die
Ausleihschuldungen in Berücksichtigung ziehen. Zur Lage
der deutschen Industrie und der deutschen Finanzen sagt
die offizielle Havasnote: Ein Land, das die Wiederher-
stellung seines industriellen Materials, die Vergrößerung
seiner Fabriken und den Bau neuer Wohnhäuser durch-
führt, seine Handelsflotte wiederaufbaut und seine Häfen
vergrößert, könne nicht zu gleicher Zeit von Geld sprechen.
Die zeitweilige Verminderung des Goldwertes der Dwin-
den könne nicht als ein Anzeichen des Ruins seiner
Industrie gedeutet werden, die fortgesetzt ihre Produktion
erhöhe und vervollkomme. Wenn ihre Verwendungsrichtung
eine Verarmung des deutschen Staates und vielleicht der
Wiederherstellung des deutschen Volkes herbeiführt habe, so habe
sich die Lage der Industrie geändert und eine kräftige deutsche
Industrie in dem abhöflich verarmten Lande geschaffen.

Die Reichsregierung an den Völkerverbund.

Die Reichsregierung hat eine Note an den Völkerverbund
geschickt, die eine Antwort auf die Note der polnischen
Regierung vom 28. August dieses Jahres darstellt. In
ihrer Note hatte die polnische Regierung Deutschland be-
schuldigt, die polnischen Minderheiten in Westoberschlesien
anzuschließen zu wollen. Zu diesem Zwecke habe man ver-
sucht, die deutschen Behörden unterkäufte die Geheim-
organisationen. Die Note der deutschen Regierung stellt dem-
gegenüber fest, daß die Wählbedingungen in Ost-Oberschlesien
bereits im April dieses Jahres ihren Anfang nahmen und
daß sich seitdem zahlreiche von polnischer Seite unterstützte
Ueberfälle abspielten. Erst im Mai sei die deutsche

Die im Sperrgebiet (Großenhainer Straße bis Albertplatz, Reihner- und Doppiger
Straße) wohnhafte Besitzer von Tieren der vorgenannten Arten oder die von ihnen beauf-
tragten und über ihren Viehbestand genäulich unterrichteten Personen, jedoch mit Aus-
nahme der Tierhalter, bei denen zur Zeit die Seuche herrscht, haben die erforderlichen
Angaben Freitag, den 1. Dezember 1922, vorm. zwischen 8—12 Uhr in der hiesigen
Polizeiwanne zu machen. Tierhalter, bei denen die Seuche zur Zeit herrscht, haben ihre
Angaben am gleichen Tage nachmittags von 2—5 Uhr im Rathaus, Zimmer 5, zu erstatten.
Wer vorläufig die erforderliche Anzeige nicht erstattet oder wesentlich unrichtige
oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit
Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft, auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen
worden ist, im Urteil als dem Staate verfallen erklärt werden.
Der Rat der Stadt Rieser, den 27. November 1922.

Die Stadtgroschasse Rieser

sucht zum möglichst baldigen Antritt 2 Hauslehrerinnen für die Buchhaltung,
Bremserinnen mit entsprechender Vorbildung, guter Auffassungsgabe und flotter
und schöner Handschrift, die der Stenographie mächtig sind und die Schreib- und Rechen-
maschinen beherrschen, wollen Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnissen umgehend einreichen.
Beschäftigung erfolgt zunächst nach Vereinbarung, später nach der Befolgsungsordnung
für Angestellte.
Der Rat der Stadt Rieser, am 28. November 1922.

Bevölkerung in Ost-Oberschlesien gegenüber den Anschrei-
tungen der Polen zur Selbsthilfe gesunken. Die Note
bringt wiederholtiffermännliches Material über die durch
den polnischen Terror vertriebenen deutschen Flüchtlinge.
Gegenüber den in der polnischen Note erhobenen Klagen
über die Anwesenheit von Internierungslagern in
Deutschland weist die deutsche Note darauf hin, daß, während
man auf deutscher Seite die in Betracht kommenden Stellen
auf Einrichtung von polnischen Minderheitsschulen hin-
gewiesen habe, die polnische Regierung ihrer Verpflichtung,
Minderheitsschulen einzurichten, ganz ungenügend oder
garnicht nachgekommen sei. In der Note wird angedeutet,
daß von deutscher und polnischer Seite das Material über
Anschreitungen dem Präsidenten Calonder vorgelegt werde,
um eine Klarstellung herbeizuführen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Strassenumbenennung in Berlin. Der künftige Aus-
sich für die Umbenennung Berliner Straßen hat beschlossen,
die Berliner Straße in Tempelhof in Mathenau-Allee und
die Berliner Straße in Charlottenburg in Erzberger-Straße
umbenennen.

Der Reichspräsident besucht Anhalt. Wie der
„Anhalter Staatsanzeiger“ meldet, beabsichtigt der Reichs-
präsident, am 6. und 7. n. M. dem anhaltischen Lande einen
Besuch abzustatten, um das politische, kommunale und
wirtschaftliche Leben in Anhalt kennen zu lernen.

Die Generalversammlung der Zweierliste. In Bonn
wird heute eine Generalversammlung der Anhaltiner von
Zweier abgehalten, der besondere Wichtigkeit beigemessen
wird.

Mühlenerbeiterstreik. Die Arbeiterchaft der Berliner
Mühlenerbeitergesellschaft ist in einen Lohnstreik getreten,
nach der Entlassung eines mühlener Arbeiterin
ermöglicht. Darauf hat der Mühlenerbeiratsverband die
Aussperrung sämtlicher Mühlenerbeiter bis zur Erledigung
des Streikfalles beschlossen.

Ein „Völkischer Rechtsblock“ in Bayern. Wie die
Berliner Blätter aus München melden, hat am Sonntag
die unter Führung des ehemaligen Oberst von Kplander
von der Bayerischen Mittelpartei abgetrennte Gruppe ihre
Gründung vollzogen. Sie nennt sich nach dem „Vorwärts“
„Völkischer Rechtsblock in Bayern“.

Die Ueberblickenfrage im Ruhrgebiet. Nach einer
Korrespondenzmeldung soll unter den Verehrten des
rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirks die Meinung be-
stehen, das Ueberblickenabkommen für den Fall zu kün-
digen, daß die an die Entente zu liefernden Kohlenmengen
beraufgezeigt werden sollen.

Eine bayerische Bauern- und Mittelstandspartei.
Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“
hat sich der bayerische Bauernbund auf seinem Parteitag in
München der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes
angeschlossen und den Namen Bayerische Bauern- und Mittel-
standspartei angenommen.

Der Schauspielereifer in Berlin. Eine Versammlung
der Berliner Schauspielerschaft erklärte sich in dem gegen-
wärtigen Ausstände mit der Streikleitung solidarisch.
Während der Versammlung liefen größere Spenden für die
Streikliste von namhaften Bühnenfunktionären ein. Trotz dem
Streikbeschlusse werden in einigen Theatern Vorstellungen
gegeben. Auch die Staatstheater spielen mit Zustimmung
der Streikleitung weiter.

Die Herausgabe diplomatischer Akten. Wie das
„Berliner Tageblatt“ mitteilt, ist die Weiterarbeit an der
Herausgabe der diplomatischen Akten im Auswärtigen
Amt soweit gefördert worden, daß die zweite Reihe des
Werkes „Die große Politik der europäischen Kabinette
1871—1914“ unter dem Titel „Der neue Kurs“ in Stärke
von 6 Bänden innerhalb des ersten Vierteljahres von
1923 erscheinen wird. Die zweite Reihe veröffentlicht
Material von den Jahren 1890—1897.

Verhaftungen in Wiesbaden. Blättermeldungen aus
Wiesbaden zufolge wurden auf Veranlassung der französischen
Polizei der Chemiker Dr. Werge und der Volkswirtschaftler
verhaftet. Als Grund der Verhaftung wird von den
Franzosen angegeben, daß die beiden Bücher vertrieben
hätten, die im besetzten Gebiet verboten sind.

Die Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich. Die
Säuglingssterblichkeit, die bereits im Kriege geringer
geworden war, hat in den Jahren 1920/21, wie die neuesten
Statistiken erweisen, noch mehr abgenommen und stellt mit
12,2 bzw. 12,3 Sterbefällen im ersten Lebensjahr auf 1